

Boxheim und Potsdam

22. Juni 2024 Lunapark

Von Georg Fülberth

Am 25. November 2023 trafen sich Nazis, AfD-Funktionäre und zwei CDU-Mitglieder in einem Hotel bei Potsdam und schmiedeten Deportationspläne gegen Menschen mit Migrationshintergrund. Als dies im Januar 2024 ans Licht kam, antwortete eine breite Welle von Demonstrationen gegen die AfD.

Baerbock, Habeck, Lindner, Scholz, Söder und Steinmeier begrüßten das, auch der Oppositionsführer Merz.

In der Frage der Immigration besteht zwischen der AfD einerseits, CDU/CSU, FDP, den Grünen und der SPD andererseits verstohlene Einigkeit. Die EU, die Großen Koalitionen unter Merkel und die Ampel-Regierung von Scholz haben den Schengen-Raum so abgeschottet, dass Zehntausende im Mittelmeer zu Tode kommen. Auch darüber, dass künftig mehr abgeschoben werden soll, gibt es wenig Streit. In der Potsdamer Tafelrunde wurde daraus allerdings völkische Politik.

Seit Jahren bekämpfen antirassistische, antifaschistische und humanitäre Bewegungen die Abschließungs- und Abschiebepolitik der EU und der deutschen Regierungen. Damit standen und stehen sie ziemlich allein. Plötzlich sehen sie sich vom Mainstream erfasst. Befinden sie sich im falschen Film?

Offensichtlich haben die neuen Demonstrationen „gegen rechts“ zwei Komponenten.

Eine Minderheit ist für eine humane Migrationspolitik. Ihren neuen Freunden aus der so genannten Mitte geht es darum, im politischen Wettbewerb eine Konkurrentin zu schwächen: die AfD. Schließlich stehen 2024 mehrere Wahlkämpfe an.

In einem Kommentar stellte die „FAZ“ klar: Diese schönen Demonstrationen seien für die Katz, so lange Ampel und Union nicht die Sache durchsetzen, in der sie mit der Konkurrentin einig seien: mit eiserner Hand abschieben und aussperren. Bei der Landratswahl im thüringischen Saale-Orla-Kreis taten sich gegen den aussichtsreichen Kandidaten der AfD alle anderen Parteien zusammen und verhalfen einem CDU-Mann zum Sieg. Er nahm sofort die Bezahlkarte für Asylbewerber in Angriff.

Tatsächlich ist seit den Demonstrationen in den Umfragen der Zuspruch für die AfD etwas zurückgegangen. Was sie verlor, landete im gleichen Umfang auf dem Konto des „Bündnisses Sahara Wagenknecht“ (BSW), das ebenfalls für Migrationsbeschränkung eintritt. Es wird als Teil der doppelten Brandmauer gern genommen: gegen abzulehnende Wirtschaftsflüchtlinge und gegen die AfD.

In Demonstrationsreden wurde auf Parallelen zum Jahr 1933 hingewiesen. Es bestehen aber deutliche Unterschiede. Die Machtübertragung an Hitler fand statt, nachdem die Interessenvertreter des deutschen Großkapitals sie befürwortet hatten. Davon kann heute keine Rede sein. Die Unternehmer warnen vor der AfD. Von deren Erfolgen befürchten sie Nachteile bei der Gewinnung von Fachkräften und Investitionen sowie für das Image auf Exportmärkten.

Wer nach Parallelen zwischen Einst und Jetzt sucht, findet sie nicht 1933, sondern drei Jahre früher, ab 1930. Am 27. März jenes Jahres brachte die Deutsche Volkspartei, die politische Interessenvertreterin des Großkapitals, eine von der SPD geführte Große Koalition, der sie selbst angehört hatte, zum Scheitern. Es ging um die Kosten für die Arbeitslosenversicherung. Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 stieg die NSDAP von 2,6 auf 18,3 Prozent. Von da an konnte keine Koalition mehr gebildet werden, die eine Mehrheit im Reichstag hinter sich gehabt hätte. Die Reichskanzler – Brüning, v. Papen, v. Schleicher – regierten mit Notverordnungen nach Artikel 48 der Verfassung, zu denen sie der Reichspräsident ermächtigte. Das war (im Rückblick betrachtet) der Übergang zu Hitler. Zeitgenossen sahen es als Versuch, ihn von der Macht fernzuhalten, bis sich vielleicht doch noch einmal eine republikanische Mehrheit herstellen ließe (andernfalls temporale Inkongruenz zum Präteritum „sahen“) – vergleichbar aktuellen und geplanten Anti-AfD-Notmaßnahmen in ostdeutschen Landtagen.

Im August 1931 trafen sich auf dem Boxheimer Hof in Südhessen Mitglieder und junge Aktivisten der NSDAP unter der Führung des Rechtsreferendars Werner Best. Sie planten die ersten Maßnahmen nach einem künftigen Umsturz – Aufhebung der Verfassungsordnung, Todesurteile und Konzentrationslager inbegriffen. Als das ruchbar wurde, war die öffentliche Erregung ähnlich groß wie nach dem Thing nahe Potsdam.

Das sind halt so Sturmvögel in Zeitenwenden.

Bitte beachten:

Der Beitrag erschien auf [LunaPark21](#) • zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

Artikel in der Ossietzky:

Mutter Gewerkschaft und ihre Mitglieder (aus Ossietzky vom 28.6.24)

»Mutter Courage und ihre Kinder« ist ein Drama von Bertolt Brecht. Es wurde 1938/39 im schwedischen Exil verfasst. 1941 wurde es in Zürich uraufgeführt. Es spielt im Dreißigjährigen Krieg zwischen 1624 und 1636. Erzählt wird die Geschichte der Marketenderin Anna Fierling, genannt Mutter Courage, die versucht, ihr Geschäft mit dem Krieg zu machen, und dabei ihre drei Kinder verliert. Das Geschehen kann als Warnung an die kleinen Leute verstanden werden, die hoffen, durch geschicktes Handeln mit dem Krieg umgehen zu können. Doch Brecht will mehr: Er will Abscheu vor dem Krieg auslösen und die Ablehnung des Kapitalismus bewirken, der ihn hervorbringt. Das Publikum soll Lehren ziehen.

Ganz am Schluss einer mittleren Szene lässt sich Mutter Courage zu dem Satz hinreißen: »Der Krieg soll verflucht sein.« Die Antithese zum Schlusssatz dieses sechsten Bildes folgt sofort zu Beginn des siebten: »Ich lass mir von euch den Krieg nicht madig machen«, so die Fierling. Der Krieg ist ihr Geschäft, auch wenn sie und ihre Kinder daran zu Grunde gehen.

Ein Theaterstück oder eine Erzählung »Mutter Gewerkschaft und ihre Mitglieder« ist heute fällig. Am Anfang steht das Jahr 1999. Da wurde Deutschland wieder zu einer kriegführenden Nation. Krieg gegen Jugoslawien. Bis dahin galt der Satz in den Gewerkschaften: »Der Krieg soll verflucht sein.« Jetzt galt: »Wir lassen uns den Krieg nicht madig machen«, denn es war ja auch der Krieg der Sozialdemokratie. Es war eine Lage wie 1914. Ein hoher CDU-Politiker hatte formuliert: Nach der Beseitigung der Folgen des Zweiten Weltkriegs müsse man nun an die Beseitigung der Folgen des

Ersten Weltkriegs herangehen.

Der neue Krieg um die Neuordnung Europas im Sinne des westlichen Nato-Kapitalismus begann. Er wurde in der Ukraine fortgesetzt, vom Vorgehen Russlands gesteigert. Sollte der Westen seine Beteiligung an dem Krieg zugunsten der Ukraine verstärken, so würde Russland laut seinem Präsidenten, »alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland zu schützen – das ist kein Bluff«. Sogar die *Süddeutsche* mahnte angesichts dieser atomaren Drohung, die sich seitdem mehrfach wiederholte: »Vielleicht sollten sich die Staatsmänner bei aller Verurteilung des Krieges auch mal an die Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens erinnern?«

Diese Mahnung wurde und wird von der Mehrheit der Gewerkschaftsführungen nicht geteilt. Ich fand die folgende Meldung, als ich an Willi Hoffmeisters Buch »Die Faust nicht nur in der Tasche ballen« mitarbeitete; sie befand sich in den Unterlagen des Gewerkschafters und Friedensaktivisten. Ein alarmierendes Dokument bereits aus der Zeit der Schröderschen Kanzlerschaft. Es besagte, dass der IG Metall-Vorstand im Juli 2012 beschloss: »Die IG Metall ist sich der Realität Anfang des 21. Jahrhunderts bewusst: Gewaltkonflikte und sogar Kriege wird es weiterhin geben und damit auch die sicherheitspolitischen Bedürfnisse und Interessen von Menschen, Staaten und Staatenbündnissen. Die Produktion von Rüstungsgütern ist Teil dieser Realität.« Die Kriegsgewinne beispielsweise von Rheinmetall bleiben auch heute ohne Kritik – denn es kommen ja auch viele neue Arbeitsplätze dabei heraus

Zum Kriegsinteresse der Courage besteht nur ein gradueller Unterschied zu dem der IG Metall-Führung.

Bei Zweifeln der Courage angesichts der Rekrutierung ihrer Söhne sagten ihr die Soldatenwerber: »Wer vom Krieg leben will, muss ihm auch etwas geben.« Und so erfolgt auch kein Aufschrei der Gewerkschaften angesichts der Pläne des SPD-Ministers Pistorius für die Kriegstüchtigkeit der Bevölkerung und die Wiedereinführung der Wehrpflicht und somit der Bereitstellung von Kanonenfutter. Es ist doch so: Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt.

Sollte es zu einem Atomkrieg kommen, wird die Gewerkschaftsführung nicht einmal mehr in der Lage sein, erneut zu erklären: Der Krieg soll verflucht sein.

Ulrich Sander